

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhor 17. Fernru. 3360 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 31

Duisburg, den 2. August 1924

25. Jahrgang

## Vereinsmeierei oder Verbandsarbeit

Heiß, juchheiß, dudeldumdei, ich bin auch dabei! Beim Schützenfest, Sportfest, Radfahrfest, Gesangfest, Schwimmfest, Fußballfest, bei der Generalversammlung des Vereins „deutscher Riesen“, der Vereinigung für „gute Legehühner“, beim Mandolinensklub, beim Rauchsklub „Blauer Dunst“ und beim Verband „ehemaliger Offiziersburgen“. Selbstverständlich, da bist du bei! Es wäre ja auch für Volk und Nation geradezu verderblich und von erschütternden Folgen, wenn du nicht dabei wärst und dein Klub nicht bestände! Sonntag für Sonntag! Am Samstagabend ist natürlich Zapfenstreich! Manchmal verregnet er und das ist bedauerlich für die Ehrenjungfrauen. Aber dir und der Brauerei fällt das weniger Herzeleid zu; denn du sitzt ja im Festzelt oder beim Wirt „Zum grünen Kranz“. Wie erhebend ist es doch, wenn der Vorsitzende unter allgemeinem Beifall und unter krampfhaft herangezogenen Beweisen für die Notwendigkeit des Vereins zur Hebung deutscher Kultur in die pathetischen Worte ausbricht: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Alle Damen in Weiß und Gila, alle Ehrenjungfrauen bei der Fähr, alle Freunde und Gönner des Vereins jubeln auf und du lebst in deiner Seele die „Erhabenheit dieser Stunde“.

Am Montag hast du Kater! Nacht nichts! Geschief für die gute Sache!

Am Mittwoch kündigt der Unternehmer einen Lohnabzug an. Dann hast du auch einen Kater! Aber der ist schon erheblich böser, als der am Montag.

Wohin geht mit der Sache, um den Lohnabzug abzuwehren? Zum Rauchsklub, Mandolinensklub, zum Schützenvereinsvorstand? Diese müssen zu ihrem „lehaftem Bedauern“ erklären, daß sie zwar in der Lage sind, deinen Tabakverbrauch und deinen Bierkonsum zu erhöhen, daß sie sich jedoch mit einer so schwierigen Materie wie Abwehrung eines Lohnabzuges noch nicht hätten befassen können, du tätest gut, dich an andere Stellen zu wenden.

Also diese Stellen und diese Vereine, bei denen du mit Herz und Seele bei der Sache warst, lassen dich jetzt im Stich und weisen dich eine Tär weiter.

Aber wohin? Wer bleibt in dieser wichtigsten aller Fragen übrig?

Mein die Gewerkschaftsbewegung!

Es wäre töricht und unnützlich, wenn man jegliche Verantwortung über jedes Fest ablehnen wollte, wenn der Arbeiter nach der Woche Mühe und Plage sich am Sonntag nicht seines Lebens freuen sollte, wenn man den Sport unterbinden würde. Nein, das ist es nicht! Wogegen man sich wenden muß im Interesse des Arbeiters selbst, ist das Uebermaß an dergleichen Sachen. Wieviele Arbeiter, ältere und jüngere, denken überhaupt nur an ihren Klub, wägen die ganze Woche schon die Gedanken, wohin gehen wir Sonntag, wo ist „was los“. Mancher lebt auch da noch in der Inflationszeit und denkt nicht darüber nach, daß wir in der Zeit der Stabilisierung leben. Es ist tief bedauerlich, daß heute so viele Arbeiter gerade in der Zeit eines gewaltigen Ansturmes des Unternehmertums sich abseits in alle möglichen Klubs schlagen und den Kopf wie der Vogel Strauß in den Sand stecken, um den Angriff nicht zu sehen, der in harter Entfaltung gegen die Front der Arbeiterschaft sich heranwagt.

Wo sich jeder denkende Arbeiter betätigen soll, ist der Verband und der konfessionelle Verein. Das ist die erste und die Hauptsache. Bist du in einem andern Verein außerdem noch Mitglied, so betätige dich darin, aber bedenke, daß das stets Neben- und nicht Hauptsache sein muß.

Weiße Kreise des Unternehmertums wissen genau, wie sehr ihre eigene Position gefährdet wird durch die zahllosen Vereine und Verbände, welche die Interessen der Arbeiter absorbieren und sie unempfindlich machen für die großen Aufgaben, welche die Arbeiterschaft zu leisten hat. Das Unternehmertum weiß sehr gut, daß die steigende Zahl der Vereine und die stärkere Anteilnahme der Arbeiterschaft daran, die gleiche Arbeiterschaft einmal zwingen wird, kampflös ihre Rechte preiszugeben. Auf dieses Selbstzerbrechen der Waffen wartet das Unternehmertum. Um so weniger Energie und Kraft braucht es selbst anzumenden.

Es kommt nicht von ungefähr, daß in manchen Bezirken Deutschlands ein gar nicht volksgemeinschaftlich eingestelltes Unternehmertum für so viele Vereine sein edles Spenderherz entbeut und

für den einen Verein mal 500, für den anderen 1000 Mark stiftet usw., während die Arbeiterschaft bei ihren Lohnforderungen oft leer ausgeht.

Haben sich die Kollegen auch schon mal die Frage vorgelegt, warum das geschieht. Etwas aus Liebe zum Verein launisch? Oder vielleicht gar aus dem Grunde, um durch solche Vereine die Arbeiterschaft von ihrer gewerkschaftlichen Betätigung abzubringen.

Das Unternehmertum rechnet im allgemeinen nicht mit Inponderabilien, sondern mit Tatsachen und Rechenheit. Aber bei der Arbeiterschaft stellt sie manches als sicheren Posten in die Rechnung, den sie nur als Vermutung vor sich stellt. Leider haben sich die Vermutungen meistens bestätigt. Das Unternehmertum sieht die Situation ganz klar: die Arbeiterschaft ist durch Inflation, teure Preise usw. sehr geschwächt, darunter litt auch die Gewerkschaftsbewegung. Mit großer Freude konstatiert heute das Unternehmertum, daß weite Teile der Arbeiterschaft nicht etwa in erhöhter gewerkschaftlicher Arbeit das Mantel auswehen wollen, sondern daß sie, wie mit Blindheit geschlagen, sich Spielereien hingeben und das Wichtigste vernachlässigen.

Wenn die Arbeiterschaft heute das Fazit des ersten Halbjahres 1924 zieht, dann erkennt sie, wie sehr ihr Schuldbüro gewachsen ist. Es gibt weit mehr Bezirke in Deutschland, wo die Betriebsräte tatsächlich abgefallen sind, als in Westfalen bestanden.

Der Urlaub wird gestrichen; Urlaubsbezüge werden nicht bezahlt; Lohnkürzungen werden vorgenommen; zuchtlos wird abgebaut, ohne sich an gesetzliche Bestimmungen zu halten. In Ferlohn hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes g'droht, einen Gewerkschaftssekretär bei den Verhandlungen an die Luft setzen zu lassen. Die gesamte Not des Arbeiterstandes wächst ungeheuer. Da ist es zwar sehr leicht, dem Unternehmertum die Schuld zuzuschreiben und auf den Kapitalismus zu schimpfen. Hand aufs Herz! Wüßte etwa die Arbeiterschaft nicht, daß das Unternehmertum ihr nicht grün war? Wüßte sie vielleicht nicht, daß dem Unternehmertum manche Arbeiterrechte Dornen im Auge waren? Wüßte sie vielleicht nicht, daß das Unternehmertum lieber heute als morgen darangehen würde, mit vielem abzubauen? Hatte die Arbeiterschaft keine Ahnung davon? Nein, trotzdem die Arbeiterschaft das wußte, trotzdem es ihr tausendmal gesagt worden war, überläßt sie sich wie kleine Kinder lieber den Spielereien, als an das zu denken, was ihr zuzunächst not tut.

Kommunisten und Sozialisten haben durch ihre verkehrte oder falsch eingestellte Politik dazu beigetragen, die Arbeiterschaft von lebensnotwendigen Aufgaben abzuhalten und die Gewerkschaftsarbeit zu schwächen. Heute ist manches schon anders geworden. Der Rabalder von gestern, ist das „Liebkind“ von heute. Der gestern noch Galgen baute, lehrt heute mit seiner Mühe den Boden vor dem Geführer. Diejenigen, die am weitesten links stehen, sind das beste Kanonensutter für die Reaktion. Beim Ferlohn Bürgerchühnenfest trug einer der wüßtesten Rabalder den Königsvogel. Er hat sich eben „befehert“. In hundert anderen Orten und Betrieben ist es genau so.

D, das Unternehmertum weiß, wo sein Weizen blüht und läßt sich den Kunstlinger schon etwas kosten, um seine Frucht gut in die Höhe zu treiben. Und die Frucht seiner Bestrebungen ist die Schwächung der Arbeiterschaft und die Niedertretung ihrer Rechte.

Du sollst dich auch deines Lebens freuen und auch mal ein Fest mitmachen. Aber bedenke stets, daß das nur eine Ausnahme, aber keine Regel sein darf. Dein Hauptgedanke muß stets und unter allen Umständen die Gewerkschaftsarbeit sein und bleiben. Die Tätigkeit im Verband allein hält dich und deine Familie aufrecht im Sturm der Zeit. Merke dir nur ein paar Punkte und handle danach, dann prallt jeder Ansturm des Unternehmertums ab:

1. Widme deine Kraft der Gewerkschaftsarbeit.
2. Stelle dich ihr als Vertrauensmann zur Verfügung.
3. Bezahle pünktlich und in der richtigen Klasse deine Beiträge.
4. Lies regelmäßig in deiner Familie dein Verbandsorgan.

Dann bist du dir selbst, trägt in dir die Befriedigung einer Tat, schaffst dir bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und deine Frau und Kinder werden dir dafür danken, daß du so energisch deine Arbeiterinteressen in der Gewerkschaftsbewegung vertretst hast.

Daß der Arbeiter in den verschiedensten Fällen praktische Hilfe durch den Christlichen Metallarbeiterverband erzielen kann, soll folgender Fall aus dem Sauerland beweisen:

Ein Kollege wurde in einen Erbschaftsstreit verwickelt. Nach derselbe erledigt war, schrieben die Rechtsanwälte ihre Rechnungen aus. Der eine verlangte 268 M und der andere 473 M. Nun war guter Rat teuer. Wir bemühten uns, dem Kollegen zu helfen. Der Erfolg war, daß zunächst ein Darlehn von 500 M mit jährlich 10 Prozent Zinsen beschafft wurde, während er an Bankzinsen mindestens 70 Prozent zu zahlen gehabt hätte.

Weiter wurde durch Verhandlung mit den Rechtsanwälten eine Ermäßigung der Kosten um 242 M erzielt.

Der Kollege hat somit verdient:

1. eine Ersparnis an Bankzinsen von mindestens 60 % = 300 M
  2. Ermäßigung der Kosten für den Rechtsanwalt um 242 M
- Insgesamt die Summe von 542 M

Wahrlich ein schöner Erfolg.

Wer da noch redet, der Verband hätte keinen Zweck mehr, der ist mit Blindheit geschlagen. Also, nicht nur in Lohnfragen, sondern auch auf dem Gebiete des Rechtschutzes usw. leistet der Verband den Kollegen tatkräftigsten Beistand.

## Wirtschaftsbereinigung oder Produktionskrise

Wenn die derzeitige schwere Wirtschaftskrise, die zur Hauptsache eine Absatz- und Kreditkrise ist, noch lange andauern sollte, was nicht unwahrscheinlich ist, dann liegt die schwere Gefahr vor, daß aus der Wirtschaftskrise eine Produktionskrise wird, daß sie zur weiteren Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und völligen Betriebs einstellen führt, daß aus der derzeitigen Stokung in der Erzeugung ein völliger Stillstand wird. Die Hauptleiden werden in diesem Falle die Arbeiter sein, genau wie sie fast ausschließlich die Kosten zu tragen hatten, als der gänzliche Zusammenbruch der Mark vor Monaten das deutsche Wirtschaftsleben völlig zum Erliegen zu bringen drohte.

Mit Recht verlangt man von Erzeugung und Handel einen gründlichen Preisabbau, um auf diese Weise einen Anreiz zu schaffen, um die festliegenden Warenmengen in Bewegung zu bringen, das heute festliegende Kapital möglichst flüssig zu machen und damit wieder Betriebskapital an Stelle des heutigen Kapitalmangels in Gestalt der Kreditnot zu schaffen. Wäre aber die letztere vielleicht nicht in erheblichem Maße vermindert worden, wenn jetzt, d. h. mit der Markstabilisierung ein solcher Abbau stattgefunden hätte. Und zwar ein gründlicher! Statt dessen aber fand dieser nicht nur nicht statt — höchstens eine Preislenkung —, vielmehr ermöglichte die verhältnismäßig reichliche Gewährung von Rentenmarkkrediten durch die Reichsbank es den Erzeugern und Händlern, die Waren auf Lager zu halten, also nicht in den Verbrauch zu bringen oder gar noch aufzustapeln und damit den Warenmarkt noch mehr zu verstopfen.

Dem ist nun durch die Erklärung der Reichsbank von Anfang April, daß sie im Interesse der Verhütung einer neuen Inflation und um nicht die bisherige Markstabilisierung zu gefährden, unter keinen Umständen über das Maß der bisher gewährten Kredite hinauszugehen bereit sei, in gewissem Sinne Einhalt getan. Von einem weitgehenden Preisabbau nach der Richtung einer erheblichen Preislenkung und einer Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise merkt man jedoch noch verhältnismäßig wenig. Diejenigen aber, die bei weidender Mark durch eine ausgeglichene Kalkulation (— oder besser Spekulation? —) unter Anwendung von weitgehenden Risikoprämien, den Währungsverlust vorwegnehmenden Entwerfungs- und anderen Zusätzen sich unter allen Umständen den Wiederbeschaffungspreis sichern und sich damit vor Substanzverlusten schützen wollten, die sprechen heute nicht mehr von diesem Wiederbeschaffungspreis, obwohl eine allgemeine Preislenkung ihnen bei einer Warenabstoßung die Wiedererregung der gleichen Warenmenge gestatten würde. Heute möchten die Verbandsgeschäftsführer in den kartellierten oder syndizierten Gewerben sich eine möglichst große Warenmenge sichern, ein Vorgang, der das Grenzgebiet volkswirtschaftlichen Wunders und unter Umständen straflichen Wunders berührt. Die Meisterstücke in der Preispolitik, die zur Zeit der Geldentwertung mit vollendeter Grazie geliefert wurden, scheinen heute unter umgekehrten Verhältnissen außerordentlich schwierig zu sein. Die Organisationsmüdigkeit, über die heute die sonst so dienlich beflissenen Verbandsgeschäftsführer klagen, scheint ihre sehr guten Gründe zu haben.

Indessen bleibt die Kreditnot mit dem im Hintergrund lauenden Gespenst der Produktionskrise für die Arbeitnehmerschaft. Infolgedessen muß alles gesehen, um in die sich zu erheblichen Gefahren verdrängenden Wirtschaftsentwicklung ein Luftschaffendes Loch zu reißen. Zu diesem Zwecke empfiehlt in ausföhrlichen Darlegungen in den Nummern 17c 280 und 282 der Berliner „Vollständigen Zeitung“ der ehemalige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Prof. Dr. Hirsch eine gründliche „Wirtschaftsbereinigung“. Nach ihm hindert die aus Kriegs- und Nachkriegswirtschaft herrührende Fallorganisation unserer Wirtschaft durch den Versuch einer Aufrechterhaltung viel zu vieler Betriebe im Handel und die falsche Zinspolitik unseres Bankwesens den dringlich notwendigen Preisabbau und die Säuberung der Wirtschaft.

Hier könnte organisch und damit endgültig helfen nicht der heute vielfach überschätzte, nach Annahme der Sachverständigenberichte erwartete Auslandskredit, sondern nur eine starke Steigerung des heimischen Sparwillens. Nach Hirsch können die in der Vorkriegszeit Erzeugung und Handel zur Verfügung stehenden 50 Milliarden Vorkriegsdepotiten in Sparkassen und Banken, entzogen aus jährlicher Kapitalbildung von fast 8 Goldmilliarden weder durch Kredit-„Schaffung“ durch Notendruck, noch aus dem Auslande in irgendwie bedeutsamer Maße ersetzt werden. Erst recht aber nicht, solange unsere Ueberweltmarktpreise die Ausfuhr und damit den Deviseneingang niederhalten. Preisabbau bringe nicht künstlich geschaffener im Auslande gesuchte Kredit, sondern — neben anderen Maßnahmen — Einschränkung überflüssiger Verbrauches durch starken Anreiz zum Sparen. Zu solchem würden wir erst

## Vereinigte Kraft

Der Druck des Unternehmertums hat sehr viele Kollegen wieder schnell den richtigen Weg zur Organisation zurückfinden lassen. Wo unsere Kollegen auf Agitation gingen, hatten sie gute Erfolge. Und wenn sich manches auch anfänglich etwas langsam wället, der Erfolg blieb nicht aus. Die Ortsverwaltung Köln bemüht sich an der Spitze zu bleiben und hat die übrigen großen Ortsverwaltungen hinter sich gelassen. Oder sollte es nur so scheinen? Warten vielleicht die größeren Ortsverwaltungen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet zum Beispiel nur den günstigen Moment der Mitteilung der Aufnahmestellen ab, um zu zeigen, was bei ihnen geleistet wird. Wir sind fast der Überzeugung, daß das letztere stimmt. Aber trotzdem möchte man auch von dort einmal zur Aufmunterung der Kollegen ein paar prägnante Zahlen erfahren.

Die Ortsverwaltung Köln hat im Juni

Aufgesucht	166 Kollegen,
Wiedergewonnen	55 Kollegen,
Neuaufnahmen	57 Kollegen,
Uebertritte	21 Kollegen,
Im Betrieb gewonnen	25 Kollegen,
Insgesamt	158 Kollegen.

Die Ortsgruppe Hilden hat im Monat Juni wiedergewonnen

Am 13. Juli wurden bei einer Hausagitation in Hilden, an der sich sechs Vertrauensleute beteiligten, wie außerdem noch einen weiteren Bezirk zu versehen haben.

Aufgesucht	47 Kollegen,
Wiedergewonnen	32 Kollegen,
Neuaufnahmen	2 Kollegen.

Außerdem wurden vier Vertrauensleute neu gewonnen.

Das ist für die Ortsgruppe Hilden ein guter Erfolg. Aber wo bleiben Bentrath, Holtshausen, Hassels. Glauben die Kollegen dort auf den von Hilden getätigten Erfolgen sich ausruhen zu können? Aber vielleicht haben die Metallarbeiter in Bentrath usw. so gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse und ein von so großem Gemeinheitsgeiste erfülltes Unternehmertum, daß sie eine weitere gewerkschaftliche Betätigung nicht für notwendig halten. Wir haben allerdings über Bentrath Lohn- und Arbeitsverhältnisse genau das Gegenteil gehört. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Verband bald von Bentrath, Holtshausen, Hassels ebenfalls gute Agitationserfolge verzeichnen kann.

## Praktische Gewerkschaftsarbeit

Ungeheuer schwer sind für den Arbeitnehmer die heutigen Zeiten. Die Kreditnot, Arbeitslosigkeit und vieles andere belasten den Arbeitnehmer in einer Weise, daß er alle Kräfte anspannen muß, um sich über Wasser zu halten.

In Zeiten wirtschaftlicher Not prallen nun die Meinungen bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders heftig aufeinander. Da ist schon manchem Arbeiter die Erkenntnis gekommen, daß ohne einen Schutz der einzelne Arbeiter ein Spielball der Unternehmerrückwärts werden kann. Damit ist die Frage aufgeworfen, wo kann sich der Arbeitnehmer gegen alle Angriffe am besten schützen?

kommen, wenn die Banken sehr hohen Zins nicht nur nähmen...

Im Interesse einer Wirtschaftsbereinigung macht Prof. Dr. Hirsch...

Zwar so einfach, wie Herr Hirsch das ansieht, geht die Geschichte...

Die Arbeitnehmerschaft hat das dringendste Interesse daran...

Konfessionelle Zersplitterungsarbeit

Fritz Baikusch

Von der Schweiz gehen bekanntlich schon seit längerer Zeit...

Zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen der rheinisch-westfälischen...

Für die Wahrung der evangelischen Belange stehen die evangelischen...

Die Schweizer Herren, die es mit ihren „evangelischen Gewerkschaften“...

konfessionellen christlichen Gewerkschaftsbewegung, die rund 15 000...

Der sogenannte Preisabbau und die reichen Arbeiter

Der Wirtschaft geht es schlecht, die Preise fallen, die Löhne...

Die Arbeitgeber operieren in der letzten Zeit in den Tarifverhandlungen...

Der Anteil der einzelnen Lohnbedürfnisse im amtlichen Lebenshaltungsindez...

Table with 2 columns: Category (Ernährung, Bekleidung, Heizung, Wohnung) and Value (v. H.).

Der letzte amtliche Indez ist vom 16 Juli datiert und beträgt 1,15...

Table with 2 columns: Category (Ernährung, Bekleidung, Heizung, Wohnung) and Value (v. H.).

Diese Einteilung dürfte auch auf den heute vorliegenden Indez von 1,15...

Ernähru ng: Die Preise für Lebensmittel sind alles andere als im Sinken begriffen...

So sieht der Preisabbau für den Arbeitnehmer in Wirklichkeit aus! Er spürt nichts davon.

Aufgaben unserer Betriebsvertreter

II.

Auch sonst ist in der Betriebsratspraxis und -Taktik noch manches zu verbessern...

Die Betriebsvertretungen sollten auch nicht in Einzelheiten aufgehen, sondern im wesentlichen...

Zwischen Hand- und Kopfarbeitern ist eine bessere Verständigung zu erzielen...

Betriebsräteaktivität und Jahresberichte sind aufzustellen...

Die Gewerkschaftsvertreter sind zu den Betriebs- oder Gruppenverhandlungen...

Gußstücke ohne Bearbeitung

(Fortsetzung)

Von Dipl.-Ingenieur Otto Günther.

Das Prinzip des Austauschbaues (d. h. der Auswechslung von Einzelteilen)...

Während beim gewöhnlichen Gießverfahren in Sand oder auch Metallformen...

metern notwendig ist, arbeitet das Spritzgussverfahren ausschließlich mit Metallformen...

So hat sich denn auch der Formenbau zu einem Spezialzweig entwickelt, genau so wie der Spritzgussmaschinenbau...

billig sind, daß sie genau so wie eine normale Werkzeugmaschine...

Schafversammlungen mehr heranzuziehen. Umsomehr auch, als Arbeitgeber immer mehr hörende und sprechende Vertreter in Belegschaftsversammlungen schicken und der rucklose Spießdienst wieder auf dem Plan erscheinend ist.

Ueber die kommunizierende Belegungen, die die Betriebsräte als Zellen des Bolschewismus mißbrauchen, sie zu wilden Konferenzen sammeln, wilde Streiks und Putzche veranlassen und gewalttätig Betriebe schließen wollen, besteht ebenfalls bei uns eine einmütige Beurteilung.

Der Weg der Betriebsrätearbeiten ist noch schwer und weit. Aber wir sind auf dem richtigen Weg! Gehen wir ihn weiter, dann wird auch unsere kommende Betriebsrätearbeit zum Ruhm und Segen sein für die Arbeitnehmerschaft und unsere Wirtschaft, zum Wohle unseres bedrängten Volkes und Vaterlandes.

Bei gutem Willen gehts

II.

Neuerdings erklären die Unternehmer, wenn von der Einführung der drei Schichten überhaupt die Rede sein kann, dann sind die Arbeiter am Hochofen die Ungeeigneten, weil diese im Vergleich zum Thomaswerk nur eine sehr geringe Arbeitsleistung aufweisen, und die Einführung des Dreischichtensystems am Hochofen den Thomaswerkarbeitern gegenüber ein Unrecht bedeuten würde.

Überblick über die in den Thomaswerken beschäftigten Arbeiter

Table with columns: Name des Wertes, Anzahl der Converter, and various worker categories like 1. Convertermann, 2. Convertermann, etc.

In den sieben hier ermittelten Thomaswerken kommen nach der Aufstellung 296 Arbeiter, im Durchschnitt 42 Arbeiter pro Converter für die Produktion in Frage.

Überblick über die in den Martinwerken beschäftigten Arbeitern

Table with columns: Name des Wertes, Anzahl der Defen, and various worker categories like 1. Schmelzer, 2. Schmelzer, etc.

An 19 Defen sind in einer Schicht 544 produktivtätige Arbeiter erforderlich. Von den aufgeführten 166 Defen sind durchschnittlich

75 Prozent in Betrieb oder 124 Defen, also 124 mal 28 sind 3472 Arbeiter. Hiervon sind in Abzug zu bringen die Maurer, welche mit der Produktion nicht in direkter Verbindung stehen.

Table showing worker counts: am Hochofen 1260 Arbeiter, im Thomaswert 1386 Arbeiter, im Martinwert 2232 Arbeiter, insgesamt 4878 Arbeiter.

mehr erforderlich. Aus dem vorliegenden Zahlenmaterial wird jeder Unbefangene erkennen, daß die Großhüttenindustrie, wenn sie den hier genannten Arbeitern die achtfundige Arbeitszeitzeit zuerkennt, nicht zu Grunde geht.

Unehrenhafte Handlungsweise

Eine besonders abstoßende Gattung von Arbeitern waren stets solche, die aus der Opferwilligkeit der Kollegen Vorteile zogen und die Zeit ihrer Zugehörigkeit zur Organisation dazu benutzten, um die gewerkschaftlichen Unterstüßungseinrichtungen zu brandstücken, und dann ihre „Dankbarkeit“ durch Austritt aus dem Verband zu betätigen.

Zur „Sozialen Botschaft“ der evangelischen Kirche

Von R. Duden, Duisburg.

Die vom Ersten verfassungsmäßigen Deutschen Eoang. Kirchentag, der parlamentarischen Gesamtvertretung aller deutschen evang. Landeskirchen in Bethel erlassene Kundgebung „An das deutsche evangelische Volk“ wird über den Rahmen der evang. Kirche hinaus ein Markstein für die soziale Bewegung in Deutschland sein.

Die Vorkämpfer für soziale Arbeit in der evang. Kirche sind in der Hauptsache Männer der Inneren Mission gewesen. Neben der wegbereitenden Tätigkeit eines August Hermann Francke, Johannes Falk und Freiherrn vom Stein muß vor allen Dingen Johann Hinrich Wichern genannt werden.

Das Kampfen und Ringen um die Erkenntnis sozialer Fragen begann. Viele Pastoren suchten die soziale Fragen mit dem Wort abzutun: „Suche Jesus und sein Licht, alles andere hilft dir nicht.“

Die evang. Kirche war aber Staatskirche, die mit ihrer behördlichen Leitung kein richtiges Verhältnis zu den breiten Massen des Volkes, insbesondere nicht zur Arbeitnehmerschaft fand.

Diese hoffnungsvolle Entwicklung erlitt einen Rückschlag durch die von dem einflussreichen Freiherrn von Stumm hervorgerufene antisoziale Aera. Stoecker mußte sein Amt als Hauptrediger verlassen.

Erst als nach dem Weltkrieg die evang. Kirche von den Staatseisen frei wurde und die einzelnen Landeskirchen sich neue Verfassungen zu geben hatten, konnte ihr Bekenntnis zum sozialen Gedanken und zu sozialer Arbeit grundsätzlich festgelegt werden.

ohne eine Miene zu verziehen, die Streikunterstützung die ganzen Wochen hindurch eingeleistet hatten, ihren „lauteren Charakter“ dadurch zeigen, daß sie jetzt das Zahlen des Beitrags einstellten.

Arznei für kranke Arbeitgeberverbände

„Unser Arbeitgeberverband ist krank und droht zu verfallen. Nur die Lohnhöhe, die nicht mehr von den Firmen getragen werden kann, trägt daran die Schuld.“

Da jedoch die Gewerkschaftsvertreter, die von der Kriegs- und Inflationszeit stark geschwächte Arbeiterschaft nicht zur Blutenahme (denn solches bedeutet für die Arbeiterschaft der Lohnabbau) bereitstellen wollten, scheiterte die Verhandlung.

Dieser gab am 25. 6. die Erklärung ab, daß mit Rücksicht auf die Verschiedenheit in Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit der Betriebe eine einheitliche Lohnfestsetzung zur Zeit unzumutbar sei.

Zur „Sozialen Botschaft“ der evangelischen Kirche

„Die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angehörenden während die früheren preussischen Generalsynoden keinen Vertreter aus dem Arbeiterstande gesehen haben. In die neue Verfassung der „Eoang. Kirche der altpreussischen Union“ ist dann der soziale Gedanke kräftig hineingearbeitet worden, woran die Mitglieder des „Kirchlich-sozialen Bundes“ unter Führung von Pfarrer Lic. Dr. Mumm hervorragend beteiligt waren.“

Während sich die einzelnen Landeskirchen neue Verfassungen gaben, trat man gleichzeitig an die Bildung eines Deutschen Evangelischen Kirchenbundes heran, in dessen Verfassung unter den Aufgaben des Bundes ebenfalls „Ausgleich und Verhöhnung der sozialen Gegensätze“ genannt sind.

Diese „Soziale Botschaft“ ist das Ergebnis der geschichtlichen jahrelangen unermühtlichen Arbeit, wenngleich ihr sachlicher Inhalt aus den sozialen Nöten der Gegenwart heraus geboren wurde.

So lag die eigentliche Bedeutung dieses Kirchentages in seiner Stellungnahme zu sozialen Gegenwartsfragen. Nach zwei programmatischen Vorträgen über „Berufsgedanke und Arbeitsleben“ wurde der vorgelegte Entwurf zu der Kundgebung im „Sozialen Austausch“ gründlich bearbeitet und die endgültige Fassung festgelegt.

So geschehen in Bethel, der Stätte praktisch gelebter christlicher Nächstenliebe, dem letzten Ruheort des alten Vaters Bodelschwingh, dessen Sohn (der jetzige Leiter der Anstalten) als letzter Disziplinarsprecher besonders über die Wohnungsnot sprach und zur Kundgebung erklärte: „Möge nunmehr neben die Botschaft barmherziger Liebe mit hellem Klang auch die Botschaft der sozialen Gerechtigkeit treten.“

Die als „soziales Gewissen der Kirche“ tätigen Verbände und Organisationen sehen ihre Arbeit erfolgsgekrönt. Möge nunmehr die Kirche auch das soziale Gewissen des Volkes sein.

Die Auswirkung dieser Erklärung aber, die mit solchen Taten in der deutschen Presse verbreitet war, blieb aus. Einige Firmen unternahmen es und kündigten den Arbeitsvertrag. Eine größere Firma zog sofort bei Vorstelligen die Kündigung zurück. Eine andere Firma machte geringe Lohnkürzungen, erklärte aber sofort bei Stellungnahme hierzu, das abgezogene Geld nachzahlen. Somit blieb der Erfolg aus und vielmehr verschlimmerte sich dadurch die Krankheit in Arbeitgeberverband. Um nun in der Öffentlichkeit bestehen zu können und zum Beweis, daß der Krankheitsbefund, Arbeitgeberverband leidet an der Lohnhöhe, richtig sei, hätten doch mehr Firmen wie dies geschehen die Arbeitsverträge kündigen müssen. Dieses leuchtete dem Syndikus Dr. Steinhaus auch ein und somit gab er dann an seine Mitglieder ein Rundschreiben heraus, indem er sich beschwerte, daß sie noch nicht die Kündigung betr. Lohnabbau ausgesprochen hätten, wie dies von einigen Firmen geschehen sei, und es müßten die 10 Proz. Lohnabbau doch durchgeführt werden. Gleichzeitig war dieses Rundschreiben Einladung zu einer Arbeitgeberversammlung am 8. 7. 24, in der der Lohnabbau als Tagesordnung stand. Hat der Arbeitgeberverband erst über Freigabe des Tarifwanges triumphiert und jeder Firma die Regelung selbst überlassen, so war er in seiner Versammlung dieses wieder um und wird nun wieder selbst die Dinge in die Hand nehmen. Wir warten getrost der Dinge, die nun kommen und wissen uns einig mit jedem gerechtfertigten Menschen, daß ein Lohnabbau nicht durchführbar ist.

Aus dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes aber ist viel zu lernen, auch für den vielleicht noch einmal eingreifenden Schlichtungsausschuß. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit in Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit hat der Schlichtungsausschuß den bestehenden Lohnstarif freigegeben. Die Nichtinanspruchnahme dieser Tariffreiheit zeigt aber, daß der Lohn wohl getragen werden kann und daß die Lohnhöhe nicht schuld an der Krankheit des Arbeitgeberverbandes ist. Wie soll man das Verhalten eines Syndikus nennen, welcher den Arbeitgebern Vorwürfe macht, daß sie noch keine Schritte zum Lohnabbau unternommen haben. Dieses Vorhaben ist nur zu verstehen, wenn man bedenkt, daß es ohne Arbeitgeberverband keinen Syndikus gibt. H. G.

### Verbandsgebiet

**Wasserkrante.** Ein Wort zur Werftarbeiterbewegung. Am 22. Mai d. J. erreichte dieser Kampf sein Ende. 13 Wochen lang wurde diese Bewegung mit einer Zähigkeit und verhaltener Bitterkeit geführt, die ihresgleichen sucht. Für den Fernstehenden war die lange Dauer dieses Kampfes wenig verständlich, weil das eigentliche Kampfobjekt nicht allzu klar in die Erscheinung trat. War es die Lohnfrage oder die Arbeitszeit? Beides zusammen? Oder lagen hier tiefere Ursachen zu Grunde? Letzteres ist richtig. Dieser Kampf war die Wirkung einer langen Reihe von Schritten und Ungünstigkeiten, unter denen die Werftarbeiter vor, während und nach dem Kriege zu leiden hatten. Wer sich für Einzelheiten interessiert, der mag in den jeweils herausgegebenen Geschäftsberichten unseres Verbandes nachschlagen. Das Wertunternehmertum (mit wenigen Ausnahmen) hat nie die richtige, geistige Einstellung zu ihrer Arbeiterschaft gefunden, woraus ein gewisses Vertrauensverhältnis der Parteien zu einander hätte erwachsen können. Kein Wunder, daß die Summierung „Radikalismus“ dabei immer üppiger ins Kraut schoß und der Weg zur fruchtbringenden Zusammenarbeit nur noch mehr verbaut wurde. Im Infektionsjahr 1923 trieb man die Dinge durch die Wertgewaltigen nahezu auf die Spitze. Fast alle von Organisation geführten Lohnbewegungen endeten damit, daß in freien Verhandlungen nichts zustande kam und das Reichsarbeitsministerium mit mehr oder minder befriedigenden Schiedsprüchen den Schlupfunkt setzen mußte.

Als im November 1923 die „Geldfestigung“ einsetzte, trat gleichzeitig in verschärfter Form die bekannte „Festigkeit“ der Wertbesitzer recht fühlbar für die Arbeiter in die Erscheinung. Die Unternehmer lehnten wiederholt Schiedsprüche ab und diktierten selbst die Lohnhöhe. Dieses jahrelange Hin- und Herpendeln zwischen Hungern und Verzweifeln schuf bei den Arbeitern eine Stimmung, die das Hungern ohne zu arbeiten gegenüber dem Hungern bei angelegter Tätigkeit als das kleinere Übel ansah. Nur so ist es zu erklären, daß diese circa 60 000 Werftarbeiter, von denen etwa noch 30 Proz. bei Ausbruch des Kampfes gewerkschaftlich organisiert waren, auf der ganzen Linie durchhielten in einer Strafzeit und Entschlossenheit, mit der niemand — am wenigsten die Herren Wertbesitzer — gerechnet hat. Wenn irgendwo, so haben bei diesem Kampfe die sogenannten Unverwundlichen (auf deutsch: Unwägbarkeiten) zweifellos die größte Rolle gespielt.

Bei der großen Masse der Werftarbeiter waren also die Gefühlswerte die Triebkraft heillosen Opferbringens, während im Unternehmerlager der kalte, nur verstandesmäßig geführte Rechenstift ausschlaggebend blieb für ihr Handeln.

Am 18. Dezember 1923 erging ein Schiedspruch, der ab 3. Dezember 1923 Spitzenlöhne für den gelehrten über 20 Jahre alten Facharbeiter 39—41 % vorlag. Die Wertbesitzer erkannten diesen Schiedspruch nicht an, — auch dann nicht, als dieser am 3. Januar 1924 mit Wirkung ab 2. Januar 1924 für verbindlich erklärt wurde. Sie zahlten nach wie vor den von ihnen einseitig diktierten Lohn in Höhe von 36 % für den gelehrten Arbeiter, wobei nicht wenige tüchtige Facharbeiter aber nur 27 % die Stunde verdienten, weil der Akkordabschlag 75 Prozent betrug und ein großer Teil der Akkorde nicht mehr wie 27 % Stundenverdienst ergab.

Damit nicht genug, erhoben die Wertbesitzer obendrein noch Klage gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, ohne jedoch den gewünschten Erfolg dabei zu haben. Aber die 5 % pro Stunde mehr, wie sie im besagten Spruche vorgesehen waren, erhielten die Arbeiter trotzdem nicht. Als einige Arbeiter dieselben beim Gewerbegericht einlegten, lagen aber auch schon hunderte Gegenklagen der Wertunternehmer vor um feststellen zu lassen, daß die Arbeiter kein Recht auf die 5 % Mehrlohn hätten.

Mittlerweile kündigten die Unternehmer auch das Tarifabkommen, weil die Arbeitszeit einer anderen Regelung bedürfe. Unter dem 10. Januar 1924 erhielten die Unternehmer ein Antwortschreiben von der Bezirksleitung des D.-M.-A. Hamburg, worin die Bereitwilligkeit, zu verhandeln, ausgesprochen wird, wenn die Unternehmer bereit seien, den tarifmäßigen Zustand (Zahlung der 5 %) herzustellen. Das wollten die Arbeitgeber nicht, sondern es ergab sich ihrerseits der Beschluß, die Betriebe zu schließen, wenn bis zu einem gewissen Zeitpunkt die Arbeitszeitfrage nicht geregelt sei. Da hierzu keine Aussicht auf Verständigung bestand, tagte am 18. Februar ein Schiedsgericht. Dessen Spruch, der bereits am 19. Februar für verbindlich erklärt wurde, hob den Akkordtaglichkeitsbescheid auf und sah die allgemeine 24stündige Arbeitswoche vor. Anstelle der bisherigen zwei Ortsklassen setzte er fünf. Höchstlohn für Facharbeiter in Hamburg bis 46 %, für die verschiedenen Akkordeure bis 36 %, Akkordabschlag 75 Prozent mit dem famosen Nachsch, daß — falls Akkordüberschüsse darüber sich nicht ergeben, keine Nachzahlungen stattfinden.

Dieser Spruch lehnten 90 Prozent der Werftarbeiter ab. Die Arbeitgeber rühten sich auf ihn und spezialisierten ihre Arbeiter, als diese sich weigerten, unter den Bedingungen zu arbeiten, am 26. Februar d. J. aus.

Am 29. März versuchte nun der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns persönlich zu vermitteln, aber trotz seiner angelegentlichsten

17stündigen Vermittlungstätigkeit gelang keine Verständigung, weil — die Wertbesitzer eine solche offenbar nicht wollten. Nötigte die Behandlung, die der Minister persönlich seitens einiger Herren Wertbesitzer erfuhr, ihn doch dazu, die Verhandlungen selbst abzubrechen.

Die Einigung selbst scheiterte daran, weil 1. die fünf Ortsklassen (früher 2) beibehalten werden, wonach Kiel rund 8 % die Stunde weniger erhalten soll als Hamburg; 2. Hielten die Unternehmer an der bisher für Unrecht empfundenen Lohnspanne fest und vergrößerten sie sogar noch; 3. verlangten die Unternehmer, daß Ueberstunden über die neunte Stunde hinaus auf Verlangen der Betriebsleitung zu leisten sind, was gleichbedeutend war mit der glosen Ausschaltung der gesetzlichen Arbeitervertretung; 4. der bisherige Manteltarif soll mit Einschluß der neunstündigen Arbeitszeit ein Jahr weiterlaufen.

Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer als Ganzes verzichtete nicht, diese „Jugendändel“ den Arbeitern zu empfehlen und die am 1. April erfolgte Abstimmung der Werftarbeiter besagte, im Kampfe weiter zu beharren. Am 25. April öffneten die Unternehmer die Werkstätten mit dem Ziele, die Kampffront der Arbeiter zu durchbrechen. Der Erfolg blieb den Unternehmern verweigert. Es kam niemand, außer den 60jährigen zur Arbeit. Am 30. April tagte ein neues Schiedsgericht in Hamburg unter Leitung der Schlichter der drei Hansastädte. Aber auch deren Bemühungen blieben erfolglos, weil unseres Erachtens auch von ihnen die Lohnfrage wie ein Blümchen „Rühr mich nicht an“ behandelt wurde. Unerwartet trafen sich am 16. Mai die Parteien nochmals in Hamburg, um in freier Verhandlung eine geordnete Beendigung des Kampfes, ohne Sieger und Besiegte, zu erreichen. Auch diese Verhandlungen zögerten ein recht mageres Ergebnis. Würden die Arbeiter nicht schon 12 und mehr Wochen (Kiel 15 Wochen) im Kampf gestanden haben, so wäre eine Ablehnung dessen sicher gewesen. Eine am 17. Mai in Hamburg stattgefundene Werftarbeiterkonferenz (zu der die nichtsozialistischen Gewerkschaften nicht zugelassen wurden) nahm im Gegensatz zur Verhandlungskommission, die die Annahme der Jugendändel empfahl, einen Standpunkt ein, der die Fortsetzung des Kampfes bedeutete. In den einige Tage darauf folgenden Abstimmungsversammlungen wurde aber dann — trotz verzweifelter Anstrengungen der Kommunisten, den Kampf auf „breitere Grundlage“ zu stellen — die Dreiviertelmehrheit zur Fortführung des Kampfes, nicht mehr erreicht.

Das Endergebnis dieses Ringens ist nun folgendes: Die achtstündige Arbeitszeit bleibt bestehen, jedoch wird bis zum 31. Jan. 1925 eine Stunde mehr gearbeitet. Für deren Leistung erhöht sich der Tariflohn um einen Pfennig für jede Arbeitsstunde. (54 mal 1 % die Woche). Anstelle der 5 Ortsklassen treten vier. Als Akkordabschlag wird gezahlt 100 Prozent des Stundenlohnes mit der Garantie eines Verdienstes von 75 Prozent des Grundlohnes. (Jeweilig höchster Stundenlohn). Ueberstunden sind nach Maßgabe der Arbeitsordnungen der einzelnen Betriebe, zu leisten. Die beiden ersten über die 9. Stunde hinaus zu leistenden Ueberstunden werden mit 20 Prozent, alle weiteren mit 40 Prozent Zuschlag auf den Zeitlohn vergütet. Die Vertragsparteien sind sich einig darüber, daß die in der Arbeitsordnung vorgesehene Vereinbarung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung über Umfang und Dauer der erforderlichen Ueberarbeit nicht zur Erschwerung des Betriebes führen darf. Ferner kann die Vereinbarung auf „Wunsch“ der Firma auf längere Zeit generell getroffen werden. Aber auch Meinungsverschiedenheiten über andere Punkte des Tarifvertrages dürfen nicht zum Anlaß genommen werden, Ueberstunden zu verweigern. Die Wiedereinstellung erfolgt nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Betriebe. Ferner werden die im Schiedspruch vom 30. April 1924 festgelegten Löhne für die Dittseorte um 2 %, für die Nordsee um 1 % erhöht.

(Schluß folgt.)

**Oberschlesien.** Auf Grund eines Schreibens des Arbeitgeberverbandes der ober-schlesischen Montanindustrie vom 7. Juli an die Metallarbeiterverbände fand am Freitag, den 11. Juli zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine mehrtägige Aussprache statt.

Einleitend begründete der Sprecher der Arbeitgeber, Geschäftsführer Buhse, die Forderungen des Arbeitgeberverbandes. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage einiger größerer Eisenerwerke Deutsch-Oberschlesiens verlangte er, daß die Hüttenarbeiter ab 1. August 1924 auf

Freistellung von Betriebsräten, die bereits früher zugestimmt, die Erhöhung des Urlaubs, Lieferung von Deputatkohle, einen Teil der Stückafford und alle Sammelakkordverdienste und 20 Prozent ihrer Löhne verzichten sollen. Den Ausführungen des Geschäftsführers stimmten auch einige Wertbesitzer zu.

Die Arbeitervertreter waren von diesen Forderungen gleichsam überrascht, obwohl ihnen klar war, daß nach dem durch die Kommunisten und Unionisten ergebnislos geführten Streik die Stellung der Arbeitgeber gegenüber der Arbeiterschaft wesentlich härter zu sein scheint, als es früher der Fall war. Außer anderen nahm auch der Gewerkschaftssekretär Siara (Christl. Metallarbeiter) zu den Forderungen Stellung und sagte u. a.: Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht in erster Linie auf die angeblich hohen Löhne und ungenügende Produktion zurückzuführen, sondern nach den eigenen Aussagen der Unternehmer auf die gegenüber der Vorkriegszeit gestiegenen Frachten, die die Herstellungskosten wesentlich erhöhen. Die in Oberschlesien gezahlten Löhne sind niedriger als in den anderen Revieren. Der Spitzenlohn beträgt über einen 24jährigen Facharbeiter 0,44 Mark pro Stunde = 4,40 Mark pro Schicht oder 110 Mark pro Monat bei 25 verfahrenen Schichten zuzüglich 8,80—16,50 Mark Akkordausgleich gleich 118,80—126,50 Mark. 60 Prozent der Gesamtbeschäftigten verdienen 85—95 Mark pro Monat bei gleicher Schichtzahl, viele Arbeiter noch weniger. Davon wird insgesamt rund ein sechstel bis ein fünftel für Steuern, Versicherungsbeiträge und sonstige Verpflichtungen gezahlt, so daß das reine Einkommen des Arbeiters gegenwärtig schon nicht mehr ausreicht, um die gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten in gezemender Weise zu decken. Daher ist das Elend in den Arbeiterfamilien nicht nur nicht geringer, sondern noch erheblich größer geworden und würde sich zu einer gesellschaftlichen Gefahr erster Ordnung entwickeln, wenn den Forderungen der Arbeitgeber, soweit sie sich auf die Kürzung der Arbeiterlöhne beziehen, stattgegeben werden würde.

An allgemeinen wirtschaftlichen Lasten trägt die Arbeiterschaft die verlängerte Arbeitszeit, gesteigerte Produktion bei verringerter Belegschaft, sich steigende Arbeitslosigkeit, erhebliche Lohnsenkungen, Preisrückgängen, Preise, die sich heute noch weit über den Friedensstand bewegen. Daher ist die Frage berechtigt, inwieweit das Unternehmertum gleiche Lasten zu tragen bereit ist, wenn endlich einer weiteren Verelendung der Arbeiterschaft vorgebeugt werden soll. Ein Lohnabbau kann dafür aber nicht in Frage kommen. In erster Linie müssen die preisverbilligenden Methoden auf anderen Wegen gefunden werden. Die aus der Inflationszeit übernommene Ueberorganisation als preisvertreibender Faktor ist noch in den meisten Betrieben zu beseitigen. Das Unternehmertum könnte geschlossen vorgehen, um die den Geldwert sehr belastenden übermäßig hohen Entschäden herabzusetzen. Notwendige Gelder könnten dadurch sehr oft ohne Verzerrung des Betriebskapitals zum Ankauf von Rohstoffen, Materialien u. a. durch Austausch laufender Guthaben verwandt werden. Man

**Wertsprüche für Gewerkschaftler:**  
Der eine fragt nur: „Ist es recht?“  
Der andere fragt: „Was kommt darnach?“  
Und also unterschneidet sich der Freie von dem Knecht.  
\*  
Erfülle deine Pflicht,  
Alles andere kümmere dich nicht.  
\*  
Seine Pflichten nie verläumen,  
Ist mehr, als große Dinge träumen.

dürfte auch nicht vor einer stärkeren Einschränkung der Ausgaben für Beamtensgehälter zurücktreten. Nötigenfalls sind auch die Arbeitervertreter bereit, sich dem Ersuchen der Arbeitgeber um Ermäßigung der Zuschläge nachdrücklich anzuschließen.

Den Arbeitervertretern waren vorstehende Ermägungen bei Ablehnung der Unternehmerforderungen in grundsätzlicher Beziehung maßgebend. Die Ablehnung des Lohnabbaues ist auch nach dem begründet, daß die bisherigen Löhne seinerzeit ausdrücklich mit Rücksicht auf die Verlängerung der Arbeitszeit durch einen Schiedspruch festgesetzt wurden. Sie sollten erst im Falle einer weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten erhöht werden. Zweifellos wäre das schon damals im Schlichtungsverfahren geschehen, wenn die Arbeitgebervertreter die Deputatkohle nicht immer wieder als Bestandteil des Lohnes bemerkt hätten, daher kann auch gegenwärtig nicht ohne weiteres der Vorfall derselben in Frage kommen.

Die Forderungen der Unternehmer bezüglich des Akkordverdienstes, der Betriebsräte, des Urlaubs mußten ebenfalls abgelehnt werden.

Die Unternehmer — leider muß man so allgemein sprechen, weil niemand von ihnen auch nur eine einzige der aufgestellten Forderungen während der Aussprache fallen ließ, — wollen nicht glauben, daß die Durchführung ihrer Forderungen sowohl für die Arbeiterschaft, wie auch für einen großen Teil des Mittelstandes eine ernste Gefährdung für die Daseinsverhältnisse im Gefolge hat. Dies ging jedenfalls aus ihrer Antwort auf die Erklärung der Arbeitnehmervertreter hervor. Sie wollen vorbehaltlich der von den Zentralverwaltungen der ober-schlesischen Eisenerwerke außerdem beschlossenen Maßnahmen ihre in der Aussprache vorgetragenen Wünsche ausführen. Wir machen von Vorstehendem weitesten Kreisen der Öffentlichkeit Mitteilung, um die Ursachen für mögliche, dem ober-schlesischen Wirtschaftsleben schädliche Folgen schon jetzt zu kennzeichnen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände wird über Maßnahmen zur friedlichen Beilegung dieser neuen Differenzen sofort beraten und die zuständigen Stellen über die Vorgänge im Industrieretier Deutsch-Oberschlesiens informieren.

### Bekanntmachung

Sonntag, den 3. August ist der 32. Wochenbeitrag fällig.

### Briefkasten

**P. S., Essen.** Du hast mich mißverstanden. Zwischen Spintireuren und Denkern ist ein Unterschied. Das sollte man auch bei uns wissen. Der Spintireur ist der geistig unfruchtbare, auf allen möglichen Wissensgebieten herumtuschierende Mensch, der einmal hier und einmal da ansieht, sich den Anschein des Wissenden gibt und in Wirklichkeit nichts leistet. Der Denker sucht die verbindende Lücke zwischen dem Reich der Gedanken und der Wirklichkeit zu schlagen und er sieht keine Arbeit auch unter diesem Gesichtswinkel. Nimm nur einmal die Lohnfrage. Der Spintireur macht sich darüber einige dilettantische verrante Gedanken, der Denker sucht das ganze Problem zu erfassen und für die Wirklichkeit nutzbar zu gestalten. So ist der Denker Praktiker, der Spintireur aber dem wirklichen Leben abgeneigt. Der Denker arbeitet auch in der Bewegung mit, der Spintireur glaubt sich über praktische Arbeit erhaben. Es wäre auch für die Arbeiterbewegung besser, sie hätte so viel wirkliche Denker, wie sie heute Spintireure hat. Der Sozialismus und Kommunismus ist an diesem Zustand wahrlich nicht unschuldig.

**Jugendkollege Dr., Menden.** Du meinst, ich sollte andere im „Hammer“ mit meinem Rästel hineinlegen, wie du es mit einem gewissen Schriftleiter in eurer Jugendversammlung auch fertig gebracht hast. In diesem Falle mache ich einmal mit. Die unschuldige Schadenfreude wird uns keiner verübeln.

**D., Bremen.** Du glaubst, steter Tropfen höhlt den Stein. Ist geschehen, wie du in dieser Nr. siehst. Die Kollegen an der Wasserlanie sollten sich aber bemühen, keine, die Agitation betreffende oder das Unternehmertum beleuchtende Streiflichter der Redaktion zu senden. Solche Artikelchen tun oft viel bessere Dienste, als lange Leitartikel.

**F., Lüdenscheid.** Artikel ist gut. Erscheint in nächster Nr.

**B. u. L. von der Pfalz, Sch., Ludwigshafen.** Den Wunsch habe ich pflichtgemäß weitergegeben. Er hat unsern Jugendleiter sehr getreut. Wird der „deutsche Metallarbeiter“ und die Schriftleitung eigentlich vergessen?

**M., Oberesäßtadt.** Dein Vorschlag wird besorgt. In der nächsten Nr. wird über diese Frage eingehender stehen.

**R., Wehlar.** Der Bericht über die Hauptversammlung der Suberiuswerke erscheint in nächster Nr. Hoffentlich haben die Kollegen dort schon bereits die notwendige Antwort darauf gegeben in Form verstärkter Agitation.

**J. N., Mannheim.** Es tut uns leid, aber wir können ja auch die Tatsache nicht ändern, daß der getrocknete Hund bellt. Wenn in euren Betrieben die Kommunisten eine große Lippe riskieren mit ihrem „sozialen Rußland“, dann zeigt ihnen die letzte Nr. unseres Organs mit den Artikeln „Arbeitermartyrium“ und „Das Land der getrockneten Arbeiterschaft“.

### Kollegen, vergeßt nicht die Werbearbeit für den Verband!

### Die „Bücher der Arbeit“

müssen in der Hand eines jeden Vertrauensmannes sein. Bestellt sie auf eurer Ortsverwaltung oder beim „Scho-Verlag“ Duisburg, Musfeldstr. 15